

Der Bundesvoranschlag 1951

Der Ende Oktober termingerecht im Nationalrat eingebrachte Bundesvoranschlag 1951 gliedert sich ebenso wie die Voranschläge der letzten Jahre in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Haushalt. Im ordentlichen Haushalt sind Bruttoausgaben von 11.793'4 Mill. S und Bruttoeinnahmen von 11.793'6 Mill. S vorgesehen; er ist damit praktisch ausgeglichen. Der a. o. Haushalt enthält Investitionen in Höhe von 701 Mill. S, die teils aus Counterpart-Freigaben (voraussichtlich 400 Mill. S), teils aus Mehreinnahmen und Kassenbeständen gedeckt werden sollen.

Bundesvoranschlag 1951

Gruppe	Laufende Einnahmen	Gebahrung Ausgaben	A. o. Aufwendungen und Investitionen in Mill. S	Gebahrungserfolg
Hoheitsverwaltung	7.643'6	7.017'7	94'2	+ 531'7
Monopole	420'3	277'6	6'1	+ 136'6
Bundesbetriebe	1.378'0	1.646'0	151'7	- 419'7
Eisenbahnen	2.351'7	2.852'1	449'3	- 949'7
Summe...	11.793'6	11.793'4	701'3	- 701'1

Die Staatsausgaben

Die Summe der *laufenden Bruttoausgaben* ist mit 11.793'4 Mill. S um 2.176'3 Mill. S oder 23% höher als im Voranschlag 1950. Der Mehraufwand ist zur Hälfte vom vierten Preis-Lohn-Abkommen verursacht, das den Staatshaushalt mit 1.050 Mill. S (ohne Importsubventionen) belastet. 400 Mill. S entfallen auf erhöhte Personalkosten infolge Nachziehung der Beamtgehälter (erste Stufe des Nachziehverfahrens), 231 Mill. S für Investitionen wurden vom a. o. in den ordentlichen Haushalt übernommen. Der Rest von 495 Mill. S entfällt auf einige sonstige, meist kleinere Mehrausgaben der staatlichen Betriebe und der Hoheitsverwaltung.

Der starken Zunahme der laufenden Ausgaben steht eine Einschränkung der im a. o. Haushalt veranschlagten *Investitionen* von 1.078'2 Mill. S auf 701'3 Mill. S, also um 376'9 Mill. S gegenüber. Diese Kürzung trägt dem Umstand Rechnung, daß im Jahre 1951 weniger Counterparts zur Verfügung stehen werden und im ordentlichen Budget kaum mit einem nennenswerten Überschuß gerechnet wer-

den kann. Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden allerdings nicht im gleichen Maße gekürzt, da eine Reihe von Investitionen im ordentlichen Haushalt untergebracht werden konnte. Eine überschlägige Berechnung sämtlicher im Budget vorgesehenen Bruttoinvestitionen zeigt, daß im Jahre 1951 ungefähr die gleichen Geldbeträge bereitstehen werden wie im Voranschlag 1950. Real wird der Staat im Jahre 1951 dennoch weniger investieren können als im Jahre 1950, da die Preise der Investitionsgüter, insbesondere der Bauleistungen, um ungefähr 10% gestiegen sind.

In den Gesamtausgaben von 11'8 Mrd. S sind 4.846'6 Mill. S (41%) *Personalausgaben* enthalten. Rechnet man die unter den sachlichen Ausgaben veranschlagten Arbeiterlöhne hinzu, so erhöht sich der Personalaufwand auf 5.499'5 Mill. S (47%). Diese Summe gliedert sich in 3.211'7 Mill. S Gehälter, 652'9 Mill. Löhne und 1.634'9 Mill. S Pensionen. Die Lohn- und Gehaltssumme des Staates (Hoheitsverwaltung und Betriebe) erreicht damit 3.864'6 Mill. S oder 21% der auf 18'0 Mrd. S geschätzten Lohn- und Gehaltssumme der österreichischen Wirtschaft (Stand nach dem vierten Preis-Lohn-Abkommen).

Aktive Bedienstete und Personalaufwand¹⁾

Gruppe	1938	1948	1949	1950	1951
Bedienstete in 1.000					
Hoheitsverwaltung	99'2 ²⁾	114'1	122'6	128'9	129'6
Monopole	1'7 ³⁾	1'9	2'0	1'9	0'8
Bundesbetriebe	30'1 ⁴⁾	48'8	52'6	50'3	49'7
Eisenbahnen	64'4	80'8	82'6	85'6	84'1
Summe...	195'4	245'5	259'8	266'7	265'2
Aufwand in Mill. S					
Hoheitsverwaltung....	509'9 ²⁾	986'0	1.238'3	1.545'1	1.942'2
Monopole	5'9 ³⁾	14'6	18'6	21'1	24'1
Bundesbetriebe	125'5 ⁴⁾	401'2	474'9	577'4	746'0
Eisenbahnen	219'6	649'8	748'1	998'6	1.152'3
Summe...	860'9	2.051'6	2.479'9	3.142'2	3.864'6

¹⁾ Beamte, Vertragsangestellte und Arbeiter auf Grund der Voranschläge. —

²⁾ Einschließlich rund 34.000 Lehrer, deren Bezüge im Jahre 1938 von den Ländern getragen wurden. — ³⁾ Ohne Tabak-, Schieß- und Sprengmittelmanopol, die seit Kriegsende nicht mehr als staatliche Monopolbetriebe geführt werden. — ⁴⁾ Ohne Montanbetriebe.

Dieser Lohn- und Gehaltssumme liegt ein *Personalstand* (Arbeiter, Beamte und Vertragsbedienstete) von 265.247 Personen zugrunde, das sind um 1.452 oder 0'5% weniger als im Jahre 1950. Der als Ersatz

für eine durchgreifende Verwaltungsreform gedachte Plan, den Personalstand jährlich um 5% zu vermindern, konnte demnach nicht realisiert werden. In der Hoheitsverwaltung sind für 1951 sogar um 706 Personen mehr vorgesehen, da infolge erhöhter Frequenz der Schulen zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden mußten.

Das Budget 1951 veranschlagte den Durchschnittsgehalt eines Angestellten (Beamten oder Vertragsbediensteten) mit 1.252 S und den Durchschnittslohn eines Arbeiters mit 1.058 S pro Monat gegenüber 1.030 S und 819 S im Voranschlag 1950. Die Steigerung der Bezüge um 21,5% und 29,3% ist auf das vierte Preis-Lohn-Abkommen sowie auf die erste Stufe des Nachziehverfahrens vom Juli d. J. zurückzuführen. Für die ursprünglich im Jahre 1951 vorgesehene zweite Stufe des Nachziehverfahrens ist nicht vorgesorgt.

Zahl der Pensionisten¹⁾

Gruppe	1938	1948	1949	1950	1951
Pensionisten in 1.000					
Hoheitsverwaltung	67'0 ²⁾	68'2	70'5	71'7	72'5
Monopole	2'4 ³⁾	2'5	2'5	2'5	2'5
Bundesbetriebe	25'0 ⁴⁾	25'4	26'4	27'5	27'8
Eisenbahnen	80'5	80'5	81'0	83'2	86'6
Summe	174'9	176'6	180'4	184'9	189'4
Pensionisten in % der Aktiven					
Hoheitsverwaltung	67'5 ²⁾	59'8	57'5	55'6	55'9
Monopole	141'2 ³⁾	131'6	125'0	131'6	138'9
Bundesbetriebe	83'1 ⁴⁾	52'0	50'2	54'7	55'9
Eisenbahnen	125'0	99'6	98'1	97'2	103'0
Summe	89'5	71'9	69'4	69'3	71'4

¹⁾ Auf Grund der Voranschläge. — ²⁾ Einschließlich rund 34.000 Lehrer, deren Bezüge im Jahre 1938 von den Ländern getragen wurden. — ³⁾ Ohne Tabak-, Schieß- und Sprengmittelmonopol, die seit Kriegsende nicht mehr als staatliche Monopolbetriebe geführt werden. — ⁴⁾ Ohne Montanbetriebe.

Die Zahl der *Pensionisten* wird gegenüber 1950 um 4.550 Personen höher veranschlagt. Da die Zahl der Aktiven etwas zurückgegangen ist, hat sich das Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionisten weiter zu Gunsten dieser verschoben. Besonders hoch ist die Pensionslast bei den Monopolbetrieben (auf 100 Aktive entfallen 139 Pensionisten) und bei den Bundesbahnen (103 Pensionisten je 100 Aktive).

Eine Gliederung der Ausgaben nach *Ressorts* zeigt, daß die Hoheitsverwaltung und die Betriebe im allgemeinen für das Jahr 1951 mit bedeutend höheren Ausgaben rechnen als für das Jahr 1950. Nur die Ansätze für den Dienst der Staatsschuld sowie für Besatzungskosten und Ausländerbetreuung sind niedriger gehalten als im Voranschlag 1950. Die *Kosten der Staatsschuld* vermindern sich, da die Tilgungsrate für 2%-ige Bundesschuldverschreibungen 1947 bereits durch den Eingang an Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabe (die in der Anlehensgebarung verrechnet wurden) gedeckt ist, während

Gliederung der Gesamtausgaben nach Verwaltungszweigen

Verwaltungszweig	Voranschlag 1950		Voranschlag 1951	
	laufende	außerordentl.	laufende	außerordentl.
	Ausgaben in Mill. S			
A) Hoheitsverwaltung				
Bundespräsident und Präsidenschaftskanzlei	1'2	—	1'4	—
Organe der Bundesgesetzgebung	7'3	—	9'1	—
Gerichte d. öffentl. Rechtes ..	1'7	—	2'0	—
Rechnungshof	2'4	—	2'8	—
Staatsschuld	309'9	—	162'5	—
Finanzausgleich	22'0	—	40'8	—
Pensionen	542'2	—	686'4	—
Bundeskanzleramt	21'3	—	32'9	—
Äußeres	65'7	—	68'2	—
Innere	431'4	—	520'9	—
Justiz	159'2	—	189'1	—
Bundesminist. f. Unterricht ..	4'9	—	6'0	—
Unterricht	638'1	—	801'9	—
Kunst	25'2	—	26'3	—
Soziale Verwaltung	1.623'7	—	1.948'8	—
Finanzverwaltung	232'8	—	275'9	—
Öffentl. Abgaben	2'5	—	3'1	—
Kasseverwaltung	70'4	—	103'7	—
Land- u. Forstwirtschaft ...	213'6	100'0	319'4	—
Handel, Gewerbe, Industrie ..	94'6	—	110'3	—
Bauten	481'3	180'8	648'2	75'0
Verkehr	29'2	23'0	35'2	19'2
Postsparkassenamt	47'0	—	62'0	—
Übergangsmaßnahmen	821'8	—	960'8	—
Summe Hoheitsverwaltung ..	5.849'4	303'8	7.017'7	94'2
B) Betriebe				
Monopole	210'2	7'7	277'6	6'1
Bundesbetriebe	1.235'8	159'3	1.646'0	151'7
Eisenbahnen	2.321'7	607'4	2.852'1	449'3
Summe Betriebe	3.767'7	774'4	4.775'7	607'1
Gesamtgebarung	9.617'1	1.078'2	11.793'4	701'3

die Tilgungsquote für den amerikanischen War Asset-Kredit entfällt. Außerdem sind zur Tilgung der kurzfristigen Staatsverschuldung geringere Beträge als im Jahre 1950 vorgesehen.

Kosten der Staatsschuld

Art	1948 ¹⁾	1949 ¹⁾	1950 ²⁾	1951 ²⁾
	in Mill. S			
A. Inlandsschuld				
Schatzscheine	50'7	73'0	104'8	86'3
Bundesschuldverschreibungen 1947	0'6	44'2	148'5	33'9
Aufbauanleihe	—	4'2	23'0	23'0
Summe	51'3	121'4	276'3	143'2
B. Auslandschuld				
Anleihen vor 1938	—	—	10'0	10'0
12'5 Mill. \$ Surplus Kredit USA	—	3'4	5'4	5'4
10 Mill. \$ War Asset Kredit USA	—	0'5	15'8	0'7
Export-Import Bank	—	0'2	2'2	3'0
Summe	—	4'1	33'4	19'1
C. Insgesamt	51'3	125'5	309'7	162'3

¹⁾ Abschluß. — ²⁾ Voranschlag.

Die in der ersten Nachkriegszeit drückende Last der *Besatzungskosten* und der *Ausländerfürsorge* hat sich in den letzten Jahren ständig vermindert. Im Bdgct 1951 sind nur noch 300'0 Mill. S Besatzungs-

kosten und 70'9 Mill. S für Ausländerbetreuung vorgesehen, das sind nicht ganz 6% der laufenden Ausgaben der Hoheitsverwaltung gegenüber 63% im Jahre 1946. Der Rückgang der Besatzungskosten gestattet es, ein Viertel der Einnahmen aus den Besatzungskostensteuern aus dem Budget auszuschneiden und dem Wohnungswiederaufbaufonds zu widmen.

Kosten der Besetzung und der Ausländerbetreuung

Art	1946 ¹⁾	1947 ¹⁾	1949 ²⁾	1950 ²⁾	1951 ²⁾
Besatzungskosten	866'4	506'6	525'2	400'0	300'0
Ausländerfürsorge	69'5	97'1	163'3	105'0	70'9
Insgesamt	935'9	603'7	688'5	505'0	370'9

¹⁾ Abschluß. — ²⁾ Voranschlag.

Den höchsten Aufwand der Hoheitsverwaltung beansprucht das *Sozialbudget*. Die sozialen Aufwendungen werden mit 1.878'2 Mill. S veranschlagt, das sind um 316'9 Mill. S mehr als im Jahre 1950. 1.140 Mill. S davon entfallen auf Arbeitslosenunterstützungen und Renten, also auf Einkommenszuschüsse in barem Geld, die der Staat sozial bedürftigen Personen gewährt (Soziale Transferzahlungen). Rechnet man die Pensionen, die staatlichen Ernährungsbeihilfen (im Kapitel „Übergangsmaßnahmen“ veranschlagt) und die staatlichen Zuschüsse an die Sozialversicherung hinzu, die ihrer wirtschaftlichen Funktion nach ebenfalls soziale Transferzahlungen darstellen, so ergibt sich die bemerkenswerte Tatsache, daß der Staat für Pensionen, Renten und sonstige unentgeltliche Einkommenszuschüsse an sozial Bedürftige ebensoviel aufwendet wie für die aktiv dienenden Beamten und Arbeiter.

Soziale Transferzahlungen¹⁾

Art	1937 ²⁾	1947 ²⁾	1948 ²⁾	1949 ²⁾	1950 ²⁾	1951 ²⁾
	Mill. S					
Pensionen	217'7	262'6	390'0	484'3	532'6	672'8
Arbeitslosenunterstützungen und Altersfürsorge	241'6 ⁴⁾	37'1	67'3	236'3	260'7	383'2
Versorgungsgebühren	41'5	303'2	434'6	481'8	508'4	551'8
Versorgungsgebühren für Angehörige nicht heimgekehrter Kriegsteilnehmer	—	—	116'1	135'3	152'9	146'0
Familienunterhalt, Restzahlungen Kleinrentner	9'5	61'6	12'0	16'1	18'3	24'9
Opferfürsorgegesetz	—	2'7	8'9	16'4	20'1	32'0
Ernährungsbeihilfen	—	—	39'0	378'6	275'8	546'5
Zuschüsse zur Sozialversicherung	—	171'5	174'9	285'0	412'0	522'0
Summe Transferzahlungen, Hoheitsverwaltung	510'3	848'6	1.242'8	2.033'8	2.180'8	2.879'2
+ Pensionen der Betriebe	223'1	337'0	484'9	671'3	751'9	948'5
Soziale Transferzahlungen des Bundes insgesamt	733'4	1.185'6	1.727'7	2.705'1	2.932'7	3.827'7

¹⁾ Ohne Dienstgeberbeitrag zur Krankenversicherung. — ²⁾ Abschluß. — ³⁾ Voranschlag. — ⁴⁾ Brutto, im Rechnungsabschluß 1937 scheint nur der Beitrag des Bundes (53'9 Mill. S) netto auf.

Unter den sonstigen Ressortausgaben fällt auf, daß der laufende Aufwand für Landwirtschaft und Bauten gegenüber dem Voranschlag 1950 besonders

stark steigt. In beiden Fällen handelt es sich jedoch nicht um eine Zunahme der realen Ausgaben, sondern um die Übernahme bisher im a. o. Budget veranschlagter Investitionen in das ordentliche Budget. Die für die *Förderung von Land- und Forstwirtschaft* bestimmten Beträge im ordentlichen Budget wurden von 139'7 Mill. S im Jahre 1950 auf 229'9 Mill. S im Jahre 1951 erhöht, die im a. o. Budget 1950 vorgesehenen Investitionen dagegen wurden weggelassen. Außer den im ordentlichen Budget vorgesehenen Förderungsmaßnahmen erhält die Landwirtschaft unentgeltliche Zuwendungen aus dem ERP¹⁾, Futtermittel, Saatgut und Kunstdünger zu weit unter dem Weltmarktniveau liegenden Preisen und eine Reihe steuerlicher Begünstigungen. Allerdings werden die Preise wichtiger Agrarprodukte künstlich tiefgehalten. Im ganzen gesehen überwiegen jedoch zweifellos die Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln (Budget und Counterpart-Fund) die Lasten, die die Landwirtschaft infolge niedriger angesetzter Agrarpreise trägt.

Für *Bauten* sind in den laufenden Gebarungen 648'2 Mill. S vorgesehen, das sind um 166'9 Mill. S mehr als im Jahre 1950. Andererseits wurde jedoch der a. o. Bauaufwand von 180'8 Mill. S auf 75 Mill. S gekürzt. Die Gesamtausgaben im Kapitel „Bauten“ sind mit 723'2 Mill. S nur um 9% höher als im Jahre 1950. Dieser Prozentsatz entspricht ungefähr der Steigerung der Baukosten in diesem Zeitraum.

Die Staatseinnahmen

Der Mehraufwand der laufenden Gebarung von 2 Mrd. S soll vorwiegend durch höhere *Steuereinnahmen* gedeckt werden. Die gesamten Steuereinnahmen (einschließlich der Ertragsanteile der Gebietskörperschaften) werden auf 9.214'5 Mill. S geschätzt, das sind 2.159'9 Mill. S mehr als im Voranschlag 1950. Vom Mehrertrag fließen 672'2 Mill. S den Ländern und Gemeinden zu, 1.487'7 Mill. S verbleiben dem Bund.

Der Voranschlag der Steuereinnahmen 1951 berücksichtigt, daß die tatsächlichen Gebarungsergebnisse des Jahres 1950 weit über den Voranschlag 1950 hinausgehen. Im III. Quartal 1950 wurden 2.207 Mill. S Steuereinnahmen erzielt, auf ein Jahr umgerechnet sind das 8.829'7 Mill. S, also 384'8 Mill. S weniger als das geschätzte Ergebnis des Jahres 1951. Stellt man weiters in Rechnung, daß die Lohn- und Preiserhöhungen des letzten Abkommens höhere Einnahmen an Lohn- und Umsatzsteuer erwarten lassen, daß der Schlüssel für die Zollrechnung von 4'68 auf 6'96 S

¹⁾ Das österreichische Investitionsprogramm 1950/52 sieht für 3 Jahre in erster Priorität 620 Mill. S und in zweiter Priorität weitere 160 Mill. S vor.

je Goldkrone erhöht wurde sowie daß beträchtliche Steuerrückstände aus den letzten Jahren bestehen, so erscheinen die für das Jahr 1951 präliminierten Steuereingänge eher unter als überschätzt.

Entwicklung der Steuereinnahmen

	Voran- schlag 1950	Erfolg III. Quartal 1950 (auf d. Jahr gerechnet)	Voran- schlag 1951	Voranschlag 1951 gegen	
				Voran- schlag 1950	Erfolg III. Quartal 1950
	Mill. S				
Direkte Steuern					
Veranlagte Einkommen- steuer	1.304'0	1.557'0	1.400'0	+ 96'0	- 157'0
Lohnsteuer	700'5	975'5	1.300'0	+ 599'5	+ 324'5
Körperschaftsteuer	350'0	435'8	450'0	+ 100'0	+ 14'2
Vermögenssteuer	60'0	58'3	66'0	—	+ 1'7
Gewerbesteuer	530'0	797'4	800'0	+ 270'0	+ 2'6
Besatzungskosten- beiträge	420'0	548'6	350'0	— 70'0	— 198'6
Übrige direkte Steuern ..	6'0	15'6	14'0	+ 8'0	— 1'6
Insgesamt ...	3.370'5	4.388'2	4.374'0	+ 1.003'5	— 14'2
Indirekte Steuern					
Umsatzsteuer einschl. Zuschlag	1.740'0	2.068'1	2.340'0	+ 600'0	+ 271'9
Zölle	200'0	140'8	300'0	+ 100'0	+ 159'2
Tabaksteuer	830'0	1.026'4	1.050'0	+ 220'0	+ 23'6
Übrige Verbrauchs- steuern	338'4	516'6	461'5	+ 123'1	— 55'1
Gebühren u. Verk. St. ..	552'7	647'5	649'0	+ 96'3	+ 1'5
Nebengeb., Abgaben- strafen u. Kosten- sätze	23'0	42'1	40'0	+ 17'0	— 2'1
Insgesamt ...	3.684'1	4.441'5	4.840'5	+ 1.156'4	+ 399'0
Öffentliche Abgaben insgesamt	7'054'6	8.829'7	9.214'5	+ 2.159'9	+ 384'8

Ein Vergleich der einzelnen Steuereinnahmen zeigt, daß die Lohnsteuer im Jahre 1951 600 Mill. S, die veranlagte Einkommensteuer dagegen nur 100 Mill. S mehr einbringen soll als im Voranschlag 1950. Während im Jahre 1950 nur Lohnsteuereinnahmen in Höhe von 54% des Ertrages der veranlagten Einkommensteuer erwartet wurden, sollen sie im Jahre 1951 93% der Einkommensteuererträge erreichen. Die Verschiebung der Steuerlast auf die Lohnempfänger läßt sich hauptsächlich damit erklären, daß die 20%-ige Ermäßigung der Einkommensteuer ab 1. Jänner 1950 bereits im Jahre 1950 die Lohnsteuereinnahmen drückte, während sie sich auf die Erträge der veranlagten Einkommensteuer erst im Laufe des Jahres 1951 auswirken wird. Weiters ist in den Ansätzen der veranlagten Einkommensteuer bereits der Steuerausfall berücksichtigt, der — sofern der Gesetzentwurf angenommen wird — durch die Schillingeröffnungsbilanzen eintreten wird. Außerdem dürften auch die Lohnsteuereinnahmen 1951 überschätzt worden sein, da trotz den Lohn- und Gehaltserhöhungen des vierten Preis-Lohn-Abkommens kaum anzunehmen ist, daß sie um 30% höher sein werden als im III. Quartal 1949.

Der relativ geringe Mehrertrag der veranlagten Einkommensteuer und die beträchtlichen Mehrein-

nahmen aus Umsatzsteuer und Zöllen erhöhen den Anteil der *indirekten Steuern* an den Gesamtsteuereinnahmen. Während im Jahre 1949 und in den ersten drei Quartalen 1950 rund 50% aller Steuereinnahmen auf direkte Steuern entfielen, erwartet man im Jahre 1951 nur einen Anteil von 47,5%. Der Anteil der Umsatzsteuer und der Zölle an den Gesamtsteuereinnahmen soll dagegen von 23,7% im Jahre 1949 und 25,7% in den ersten drei Quartalen 1950 auf 28,6% im Jahre 1951 steigen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist jedoch noch immer ein starkes Übergewicht der direkten Steuern festzustellen.

Struktur der Steuereinnahmen

Art	Abschluß					Vor- anschlag 1951
	1937	1947	1948	1949	1950 ¹⁾	
	in Prozent					
Direkte Steuern	29'2	48'6	44'1	50'2	49'9	47'5
Umsatzsteuer und Zölle	42'4	13'5	19'4	23'7	25'7	28'6
Verbrauchersteuern	16'9	32'5	30'0	18'2	16'5	16'4
Verkehrssteuern u. Gebühren ..	11'5	5'4	6'5	7'9	7'9	7'5
Insgesamt ...	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0
ab Überweisungen an Länder und Gemeinden	18'6	4'9	35'0	34'4	33'7	30'3
Verbleibende Bundeseinnahmen ..	81'4	95'1	65'0	65'6	66'3	69'7

¹⁾ Vorläufiger Erfolg Jänner bis September.

Die Einnahmen der im Budget veranschlagten *erwerbswirtschaftlichen Staatsbetriebe* werden für 1951 um 630 Mill. S oder 18% höher angesetzt als im Voranschlag 1950. Die Mehreinnahmen sollen vorwiegend durch höhere Leistungen erzielt werden. Trotz dieser Einnahmensteigerung vergrößert sich das Gesamtdefizit der Betriebe von 246'2 Mill. S oder 6,5% der laufenden Betriebsausgaben im Voranschlag 1950 auf 625'8 Mill. S oder 13,1% der Betriebsausgaben im Voranschlag 1951. Das hohe Defizit

Gebahrungserfolg der erwerbswirtschaftlichen Staatsbetriebe

Gruppe	1937 ¹⁾	1947 ¹⁾	1948 ¹⁾ 1949 ¹⁾ in Mill. S		1950 ²⁾	1951 ²⁾
	a) laufende Ausgaben					
Bundesbetriebe ..	266'6	545'9	852'5	1.043'6	1.235'8	1.646'0
Monopole	174'6	83'0 ³⁾	123'3 ³⁾	188'2 ³⁾	210'2 ³⁾	277'7 ³⁾
Eisenbahnen ..	471'1 ⁴⁾	1.063'8	1.595'2	1'915'8	2.321'7	2.852'1
Insgesamt	912'3	1.692'6	2.571'0	3.147'6	3.767'7	4.775'8
b) Einnahmen						
Bundesbetriebe ..	255'3	528'8	795'2	944'8	1.115'4	1.378'0
Monopole	385'7	143'4 ³⁾	242'3 ³⁾	382'5 ³⁾	354'7 ³⁾	420'3 ³⁾
Eisenbahnen ..	575'3 ³⁾	770'8	1.230'4	1.650'8	2.051'4	2.351'7
Insgesamt	1.116'4	1.443'0	2.267'9	2.978'1	3.521'5	4.150'0
c) Ergebnis (+ = Überschuß, — = Abgang)						
Bundesbetriebe ..	— 11'3	— 17'0	— 57'3	— 98'8	— 120'4	— 268'0
Monopole	+ 211'1	+ 60'4 ³⁾	+ 119'0 ³⁾	+ 194'3 ³⁾	+ 144'5 ³⁾	+ 142'6 ³⁾
Eisenbahnen ..	+ 4'3 ³⁾	— 293'0	— 364'8	— 265'0	— 270'3	— 500'4
Insgesamt	+ 204'1	— 269'4	— 303'1	— 169'5	— 246'2	— 625'8
In % der Be- triebsausgaben	22'4	14'7	11'8	5'4	6'5	13'1

¹⁾ Abschluß. — ²⁾ Voranschlag. — ³⁾ Ohne Tabakregie. — ⁴⁾ Einschließ-
lich Reingewinn der österreichischen Tabakregie. — ⁵⁾ Betriebsrechnung der öster-
reichischen Bundesbahnen.

ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Betriebe durch das vierte Preis-Lohn-Abkommen mit erhöhten Personalkosten belastet wurden, während sie im allgemeinen ihre Tarife nicht erhöht haben (nur die Bundesbahnen planen die Aufhebung, bzw. Erhöhung einiger Ausnahmetarife). Außerdem haben Post und Bundesbahnen Ersatzinvestitionen, die bisher im ordentlichen Budget veranschlagt worden sind, in die Betriebsrechnung übernommen.

Das labile Gleichgewicht des Budgets verdient um so stärkere Beachtung, als die Steuerbelastung der österreichischen Wirtschaft noch immer außerordentlich hoch ist. Internationale Steuervergleiche zeigen, daß insbesondere die mittleren Einkommen in Österreich bedeutend stärker mit öffentlichen Abgaben belastet sind als in den meisten anderen Ländern. Die hohe Steuerbelastung ließ sich in der ersten Nachkriegszeit damit begründen, daß das Sozialprodukt sehr niedrig war, während dem Staate im

Wirtschaftslenkung umfang-
wurden. Es war daher
at im Wege der Besteue-
Teil des Sozialprodukts
eg. Inzwischen ist jedoch
mit auch die Steuerkraft
estiegen. Gleichzeitig hat
in Märkte das Gebiet der
ommen und Umsätze er-
Lenkung der Wirtschaft
Man hätte daher erwar-
hten Steuersätze gesenkt
ung der Wirtschaft, wenn
eau, so doch bedeutend
Nachkriegsjahre herab-
ahme schien um so mehr
ten für die Staatsschuld
vor dem Kriege und die
s Aufwandes der Hoheits-
en Heeresausgaben über-
stung durch Besatzungs-
ung ist dagegen im Jahre
in Ausgaben der Hoheits-

Druckfehlerberichtigung

Seite 564, Tabelle:

Gebärungsfolg der erwerbswirtschaftlichen Staatsbetriebe

b) Einnahmen

1. Spalte, 3. Zeile: statt 575³, richtig 475³

4. „ „ 1.116⁴, „ 1.116³

c) Ergebnis

2. Spalte, 4. Zeile: statt —269⁴, richtig —249⁶

gewiesen werden können, wird der Haushaltsausgleich noch immer schwierig sein, da im Voranschlag nicht für Importsubventionen vorgesorgt ist. Der Rückgang der ERP-Hilfe zwingt bekanntlich Österreich bereits im Wirtschaftsjahr 1950/51, wichtige Nahrungsmittel (vor allem Weizen und Futtermais) auch kommerziell einzuführen, wobei sich der Staat verpflichtete, die hohen Weltmarktpreise dieser Güter mittels Subventionen auf das Niveau der inländischen Abgabepreise herabzuschleusen. Für diese Importsubventionen wurden aus dem Budgetüberschuß 200 Mill. S bereitgestellt. Nach dem Getreideimportplan sind jedoch für das Wirtschaftsjahr 1949/50 500 Mill. S Subventionen notwendig, so daß 300 Mill. S zu Lasten des Budgets 1951 verrechnet werden müssen. Auch diese Summe wird nur reichen, wenn es gelingt, die noch bestehenden Importsubventionen im Laufe des Jahres 1951 abzubauen, ohne dem Staat neue Belastungen aufzulegen.

verwaltung nicht mehr anzu groß.

Daß dennoch im allgemeinen an den hohen Steuersätzen der ersten Nachkriegszeit festgehalten werden muß, ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sich die nicht unter österreichischer Kontrolle stehenden Betriebe weitgehend der Besteuerung entziehen und die Reduzierung des Verwaltungsapparates nicht die gewünschten Fortschritte macht. Darüber hinaus sind es vor allem zwei Ursachen, die zu hohen Steuersätzen zwingen: der große Investitionsaufwand und das hohe Defizit der staatlichen Betriebe.

Der Staat ist seit dem Voranschlag 1950 bemüht, möglichst viele Investitionen vom außerordentlichen in das ordentliche Budget zu übernehmen. Unter anderem wurde der im außerordentlichen Haushalt veranschlagte Aufwand für Bauten der Hoheitsverwaltung von 337⁵ Mill. S im Voranschlag 1949 auf 180⁸ Mill. S im Voranschlag 1950 und 75⁰ Mill. S im Voranschlag 1951 gekürzt, gleichzeitig aber die entsprechenden Ansätze im ordentlichen

ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Betriebe durch das vierte Preis-Lohn-Abkommen mit erhöhten Personalkosten belastet wurden, während sie im allgemeinen ihre Tarife nicht erhöht haben (nur die Bundesbahnen planen die Aufhebung, bzw. Erhöhung einiger Ausnahmetarife). Außerdem haben Post und Bundesbahnen Ersatzinvestitionen, die bisher im ordentlichen Budget veranschlagt worden sind, in die Betriebsrechnung übernommen.

Die wirtschaftliche Problematik

Während der Voranschlag 1950 sehr vorsichtig erstellt wurde und bedeutende stille Reserven enthielt, konnte der ordentliche Haushalt für das Jahr 1951 nur durch weitgehende Ausschöpfung der budgetären Reserven ausgeglichen werden. Wohl mögen die Einnahmen im Jahre 1951 etwas unterschätzt worden sein. Dem erzielbaren Mehrertrag stehen jedoch bedeutende zusätzliche Belastungen gegenüber. Die Bundesangestellten werden wohl auf eine weitere Erhöhung ihrer Gehälter (zweite Stufe des Nachziehverfahrens) und die Altpensionisten auf eine Angleichung ihrer Bezüge an die der Neupensionisten drängen. Allein die Erfüllung dieser Forderungen würde den Staat 550 Mill. S pro Jahr kosten. Auch der Wohnbau stellt Ansprüche an den Fiskus, die besonders dringlich sind, da die Bauindustrie infolge gestoppter Mieten nur durch umfangreiche öffentliche Aufträge ausreichend beschäftigt werden kann.

Selbst wenn diese Forderungen mit dem Hinweis auf die angespannte Budgetsituation zurückgewiesen werden können, wird der Haushaltsausgleich noch immer schwierig sein, da im Voranschlag nicht für Importsubventionen vorgesorgt ist. Der Rückgang der ERP-Hilfe zwingt bekanntlich Österreich bereits im Wirtschaftsjahr 1950/51, wichtige Nahrungsmittel (vor allem Weizen und Futtermais) auch kommerziell einzuführen, wobei sich der Staat verpflichtete, die hohen Weltmarktpreise dieser Güter mittels Subventionen auf das Niveau der inländischen Abgabepreise herabzuschleusen. Für diese Importsubventionen wurden aus dem Budgetüberschuß 200 Mill. S bereitgestellt. Nach dem Getreideimportplan sind jedoch für das Wirtschaftsjahr 1949/50 500 Mill. S Subventionen notwendig, so daß 300 Mill. S zu Lasten des Budgets 1951 verrechnet werden müssen. Auch diese Summe wird nur reichen, wenn es gelingt, die noch bestehenden Importsubventionen im Laufe des Jahres 1951 abzubauen, ohne dem Staat neue Belastungen aufzuerlegen.

Das labile Gleichgewicht des Budgets verdient um so stärkere Beachtung, als die Steuerbelastung der österreichischen Wirtschaft noch immer außerordentlich hoch ist. Internationale Steuervergleiche zeigen, daß insbesondere die mittleren Einkommen in Österreich bedeutend stärker mit öffentlichen Abgaben belastet sind als in den meisten anderen Ländern. Die hohe Steuerbelastung ließ sich in der ersten Nachkriegszeit damit begründen, daß das Sozialprodukt sehr niedrig war, während dem Staate im Rahmen der direkten Wirtschaftslenkung umfangreiche Aufgaben übertragen wurden. Es war daher unvermeidlich, daß der Staat im Wege der Besteuerung einen relativ größeren Teil des Sozialprodukts an sich zog als vor dem Krieg. Inzwischen ist jedoch das Sozialprodukt und damit auch die Steuerkraft der Wirtschaft bedeutend gestiegen. Gleichzeitig hat der Rückgang der Schwarzen Märkte das Gebiet der steuerlich erfaßbaren Einkommen und Umsätze erweitert, und die direkte Lenkung der Wirtschaft wurde schrittweise gelockert. Man hätte daher erwarten dürfen, daß die überhöhten Steuersätze gesenkt werden und die Steuerbelastung der Wirtschaft, wenn nicht auf das Vorkriegsniveau, so doch bedeutend unter den Stand der ersten Nachkriegsjahre herabgedrückt werde. Diese Annahme schien um so mehr gerechtfertigt, als die Kosten für die Staatsschuld weitaus niedriger sind als vor dem Kriege und die im Jahre 1937 über 10% des Aufwandes der Hoheitsverwaltung beanspruchenden Heeresausgaben überhaupt wegfallen. Die Belastung durch Besatzungskosten und Ausländerbetreuung ist dagegen im Jahre 1950 mit 6% der laufenden Ausgaben der Hoheitsverwaltung nicht mehr allzu groß.

Daß dennoch im allgemeinen an den hohen Steuersätzen der ersten Nachkriegszeit festgehalten werden muß, ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sich die nicht unter österreichischer Kontrolle stehenden Betriebe weitgehend der Besteuerung entziehen und die Reduzierung des Verwaltungsapparates nicht die gewünschten Fortschritte macht. Darüber hinaus sind es vor allem zwei Ursachen, die zu hohen Steuersätzen zwingen: der große Investitionsaufwand und das hohe Defizit der staatlichen Betriebe.

Der Staat ist seit dem Voranschlag 1950 bemüht, möglichst viele Investitionen vom außerordentlichen in das ordentliche Budget zu übernehmen. Unter anderem wurde der im außerordentlichen Haushalt veranschlagte Aufwand für Bauten der Hoheitsverwaltung von 3375 Mill. S im Voranschlag 1949 auf 1808 Mill. S im Voranschlag 1950 und 750 Mill. S im Voranschlag 1951 gekürzt, gleichzeitig aber die entsprechenden Ansätze im ordentlichen

Häushalt von 1745 Mill. S auf 4813 Mill. S und 6482 Mill. S erhöht. Ähnliche Übertragungen fanden bei anderen Gruppen statt. Der gesamte Investitionsaufwand des ordentlichen Budgets — dazu zählen im weiteren Sinne auch die „einmaligen Ausgaben“ — ist derzeit weitaus größer als in der Vorkriegszeit (im Kapitel „Bauten“ wurden im Jahre 1937 nur 548 Mill. S ausgegeben). Das Bestreben, möglichst viele Investitionen durch laufende Einnahmen zu finanzieren, trägt zweifellos dazu bei, das Mißverhältnis zwischen Investitionsgüterproduktion und Sparvolumen der österreichischen Wirtschaft zu mildern und die strukturelle Arbeitslosigkeit in möglichst engen Grenzen zu halten. Angesichts der Notwendigkeit, bereits im Jahre 1951 die ERP-Subventionen weiter abzubauen, ist es jedoch sehr fraglich, ob diese Politik durchgehalten werden kann. Der Fiskus wird sich voraussichtlich bereits im kommenden Jahre entscheiden müssen, ob er weiterhin die Investitionstätigkeit aus laufenden Einnahmen forcieren soll — dann werden die Importsubventionen zu Lasten des privaten Konsums abgebaut werden müssen — oder ob es nicht zweckmäßiger wäre, durch eine mehr konsumfreundliche Ausgabenpolitik die Stabilität des Preis-Lohn-Niveaus zu sichern.

Ein weiterer wichtiger Grund für die hohe Steuerbelastung ist das große Defizit der Bundesbetriebe. Während die Gesamtheit der Bundesbetriebe im Jahre 1937 mit 2041 Mill. S oder 22,4% der Betriebsausgaben aktiv war, wird für das Jahr 1951 ein Gesamtdefizit von 6258 Mill. S oder 13,1% der Betriebsausgaben veranschlagt. Allein die Bundesbahnen rechnen mit einem Defizit von einer halben Milliarde Schilling. Die Ursachen des Betriebsabganges können nur zum geringen Teil in unrationeller Betriebsführung und überhöhten Personalständen gesucht werden. Der Hauptgrund liegt zweifellos in den

niedrigen Tarifen, die insbesondere seit dem vierten Preis-Lohn-Abkommen stark der Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus nachhinken. Der Staat gibt also die Leistungen seiner Betriebe zu Preisen ab, die unter den Gestehungskosten liegen, und deckt die Defizite aus allgemeinen Steuermitteln.

Das Prinzip, Leistungen, die der persönlichen Bedürfnisbefriedigung dienen, zu Unter-Preisen oder überhaupt unentgeltlich abzugeben und die Kosten durch Steuern oder Counterpart-Eingänge zu decken, gewinnt in der österreichischen Wirtschaft zunehmend an Boden. Nicht nur die öffentlichen Betriebe, sondern auch die Krankenversicherung, die Wohnungswirtschaft, das Erziehungswesen und die Ernährungswirtschaft suchen aus öffentlichen Mitteln Kostendeckung. Gewiß lassen sich soziale, staatspolitische und langfristige wirtschaftliche Überlegungen anführen, die dafür sprechen, Leistungen in einzelnen Fällen unter den Gestehungskosten abzugeben. In dem Maße aber als das System von Subventionen und Ausgleichszahlungen zunimmt und zur Dauer-einrichtung wird, verliert die soziale Zielsetzung an Bedeutung, da nicht nur *alle* Konsumenten — also auch die mit hohem Einkommen und die Ausländer — in den Genuß der verbilligten Leistungen kommen, sondern auch die mittleren und unteren Einkommensschichten auf dem Steuerwege in hohem Maße zur Dotierung der Fonds herangezogen werden müssen, aus denen die Subventionen gewährt werden. Gleichzeitig werden die Konsumenten immer mehr über die volkswirtschaftlichen Kosten der einzelnen Leistungen getäuscht und verzehren daher einen größeren Teil des verfügbaren Sozialproduktes in Form von Arzneimitteln, Bahnfahrten, Wohnungsnutzung und Brot, während sie es bei richtiger Kostengestaltung wahrscheinlich vorzögen, mehr Textilien, Hausrat, Fleisch und andere nicht subventionierte Waren zu kaufen.